

EMPFEHLUNGEN FÜR PRÜFUNGSINHALTE IN DER ERSTEN JURISTISCHEN STAATSPRÜFUNG (NJAG, NJAVO)

Sie beziehen sich auf den Prüfungsstoff der Prüfungsgespräche in den Wahlfächern.

In der mündlichen Prüfung werden die Pflichtfächer (§ 3 NJAG, § 16 NJAVO) und das Wahlfach (§ 3 NJAG, § 17 NJAVO) geprüft.

Da der Prüfungsstoff der Pflichtfächer in § 16 NJAVO im einzelnen aufgeführt ist, bedarf es insoweit keiner weiteren Beschreibung in Empfehlungen, wie es nach der Rechtslage entsprechend der NJAO 1985 angezeigt war. Diese Empfehlungen beschreiben die Gegenstände der Wahlfächer in der mündlichen Prüfung. Dabei ist der in § 2 NJAG festgelegte Zweck der ersten Staatsprüfung zu bedenken. Danach dient die erste Staatsprüfung und somit auch das Prüfungsgespräch (§ 23 NJAVO) der Feststellung, ob der Prüfling das Recht mit Verständnis erfassen und anwenden kann, in den Prüfungsfächern einschließlich der europarechtlichen Bezüge, der rechtswissenschaftlichen Methoden und der philosophischen, geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen über die erforderlichen Kenntnisse verfügt und damit für den juristischen Vorbereitungsdienst fachlich geeignet ist.

Diese Empfehlungen beruhen auf Vorschlägen der Universitäten, wobei die Erfahrungen mit den bisher geltenden Prüferempfehlungen berücksichtigt worden sind. Sie sollen dazu beitragen, den Prüfungsstoff der mündlichen Prüfung im Wahlfach überschaubar zu machen und zu vereinheitlichen. Es ist beabsichtigt, diese Empfehlungen aufgrund künftiger Erfahrungen und neuer Entwicklungen von Zeit zu Zeit fortzuschreiben.

Rechtsgeschichte in Deutschland

(§ 17 Abs. 3 Nr. 1 NJAVO)

AUS DER ALLGEMEINEN RECHTSGESCHICHTE

- Rechtsordnung der germanischen Zeit (Verfassung, Gefolgschaft)
- Volksrechte
- mittelalterliche Lehensverfassung
- Investiturstreit (Reich und Kirche)
- Rechtsbücher
- Entwicklung des Strafrechts (Gottes- und Landfriede, Carolina)
- Stadtrechte
- Reichsreform (Ewiger Landfriede, Reichskammergericht, Reichshofrat, Reichsregiment, Reichskreise)
- Rezeption des römischen Rechts
- Entstehung der Landeshoheit
- Vernunftrecht, aufgeklärter Absolutismus und Kodifikationsbewegung
- Historische Rechtsschule, Pandektistik und Germanistik
- Strafrechts- und Strafprozessreform in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
- Rechtsvereinheitlichung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
- Hauptströmungen der Rechtsentwicklung des 20. Jahrhunderts
- Auflösung des Alten Reichs (Reichsdeputationshauptschluss, Rheinbund) und Errichtung des Deutschen Bundes
- Konstitutionalismus und deutsche Einheitsbewegung im 19. Jahrhundert
- Reichsgründung und Reichsverfassung
- Revolution 1918 und Weimarer Reichsverfassung
- Nationalsozialistisches Herrschaftssystem

u n d

e n t w e d e r

(Hannover)

PRIVATRECHTSGESCHICHTE IN DEUTSCHLAND

Frühmittelalterliche Rechtsgrundlagen für Personenrecht, Familie, Eigentum und Erbfolge

Entstehung des gelehrten Rechts in Bologna

- Römisches Recht (Corpus Iuris Civilis, Glossatoren, Kommentatoren)
- Kanonisches Recht (Corpus Iuris Cononici, Gratian)

Praktische Rezeption des römisch-kanonischen Rechts

- Rolle der Juristen, Herrschaftsform und Gerichtsorganisation, soziale und ökonomische Bedingungen
- römisch-kanonischer Prozess und seine Entwicklung (Zuständigkeiten, Gründe seines Erfolges)
- materielles kanonisches Recht (Verlöbnis, Ehe, Erbrecht, das klagbare nudum pactum, Zinsverbot, iustum pretium)
- gemeines römisches Recht als subsidiäres Recht
- Romanisierung der Landrechte und der Stadtrechtsreformationen und die inhaltlichen Wandlungen von Eigentum, Familie und Vertrag

Usus modernus und die Naturrechtsbewegungen

- Privatrecht der Landes- und Polizeiornungen
- Einwirkungen naturrechtlicher Tendenzen im Privatrecht (System und Ausbildung allgemeiner Lehren, Vertrag, bürgerliche Ehe, Testierfreiheit)
- Naturrechtskodifikationen (ALR, Code civil, ABGB)

Zeitalter des liberalen Privatrechts

- Fortschritte des Privatrechts im 19. Jahrhundert (Freiheit und Gleichheit, Mobilisierung von Boden, Eigentum und Arbeitskraft)
- Neue Methodik und neue juristische Grundbegriffe, Historische Rechtsschule, Pandektistik und Germanistik

(Hannover)

- Savigny (Vom Beruf ...; System)
- Thibaut, Puchta und Windscheid (Pandektenlehrbücher)
- Eichhorn und Gerber (Systematisierung des deutschen Privatrechts)
- Jhering: Interessenjurisprudenz und Freirechtsbewegung

Liberales und sozialstaatliches Privatrecht

- BGB, Entstehung und kritische Stimmen (Gierke, Menger, Lotmar)
- Soziales Privat- und Richterrecht in der Weimarer Republik
- Nationalsozialismus und Privatrecht (Generalklauseln, Volksgesetzbuch)
- Entwicklung im Zivilprozess

o d e r

STRAFRECHTSGESCHICHTE IN DEUTSCHLAND

Anfänge und Vorformen einer staatlichen Strafrechtspflege in germanischer und fränkischer Zeit

Entwicklung der Strafrechtspflege im Zeitalter der Gottes- und Landfrieden, der Land- und Stadtrechtsbücher sowie der bäuerlichen Weistümer

Praktische Systematisierungsversuche im Zeichen der Rezeption (Bambergensis, Carolina, Reichspolizeiordnung)

- Tragende Ideen der neuen Strafrechtsentwicklung (Gerechtigkeit, Gemeiner Nutzen)
- Typisierung der Deliktstatbestände in der Bambergensis und Carolina
- Ausgestaltung der allgemeinen Straftatbestände (Versuch, Mitwirkung mehrerer, Rechtfertigung und Entschuldigung)
- Straftaten und Humanisierungstendenzen

(Hannover)

Gemeines Strafrecht, praktische und theoretische Grundlagen (B. Carpzov)

- Strafe aus dem Prinzip des göttlichen Willens
- Entstehung des Allgemeinen Teils des Strafrechts
- poena ordinaria und poena extraordinaria
- Einflüsse des Vernunftrechts auf das Strafrecht (Grotius, Pufendorf, Thomasius), insbesondere die Imputationslehre
- Zurückdrängung des Systems der Lebens- und Leibesstrafen; Entstehung der modernen Freiheitsstrafe; das Amsterdamer Zuchthaus (1595) als Vorbild für deutsche Gründungen
- Inquisitionsprozess und seine Merkmale, insbesondere die formellen Beweisprinzipien, Geständnis als Beweismittel, Folter, Hexenprozesse

Rechtstheoretische und rechtsphilosophische Begründungen des Strafrechts

- Straftheorien des deutschen Idealismus (Kant, Hegel)
- nullum crimen, nulla poena sine lege (Feuerbach)
- Proportionalität zwischen Verbrechen und Strafe (Beccaria)
- Spezialprävention oder Generalprävention (Feuerbach, Grolmann)

Grundzüge der Entwicklung der Strafgesetzgebung und der Strafrechtswissenschaft bis zum RStGB von 1871

- liberale und demokratische Prinzipien der Strafgerichtsverfassung
- moderner Anklageprozess seit 1848
- Franz von Liszt und das Programm der "modernen Schule"
- "Klassische" Schule (Binding)

Strafrecht und Strafrechtspflege im 20. Jahrhundert

- Strafrechtsreformversuche vor dem 1. Weltkrieg
- Strafrecht in der Weimarer Republik
- Niedergang der deutschen Strafrechtspflege in der nationalsozialistischen Zeit

(Hannover)

o d e r

VERFASSUNGSGESCHICHTE IN DEUTSCHLAND

Mittelalterlicher Lehnsstaat

- König, Kaiser, Kurfürsten
- Kaiser und Reichsstände
- Kaiser und Papst
- Gerichtsverfassung

Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation

- Organisation des Reiches und Verfassungsentwicklung von der Reichsreform bis zum Westfälischen Frieden
- Auflösung des Alten Reiches

Ausbildung der Territorialstaaten

- Ständestaat und Absolutismus
- Verwaltungsreformen im neuzeitlichen Territorialstaat (Geheime Räte, Behörden, Beamtentum, Policey)
- Aufgeklärter Absolutismus

Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert

- Preußische Reformen und Rheinbundreformen
- Wiener Kongress und Deutscher Bund
- Süddeutscher Konstitutionalismus
- Französische Julirevolution und Folgen
- "Göttinger Sieben"
- Vom Vormärz zur Paulskirchenverfassung
- Wahlrechtsentwicklungen

(Hannover)

- Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte
- Reichsgründung und -verfassung
- Verfassungsentwicklung von 1871 bis 1918
- der staatsrechtliche Positivismus

Verfassungsentwicklung im 20. Jahrhundert

- Revolution und Weimarer Verfassung, Weimarer Staatsrechtslehren
- Verfassungswirklichkeit bis 1933
- Nationalsozialistische Machtgreifung und Führerstaat
- Besatzungsregime und staatliche Reorganisation (Vier-Mächte-Verwaltung, Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat)
- Zur Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik
- Das Ende der deutschen Teilung

Rechtstheorie verbunden mit Rechtsphilosophie

(§ 17 Abs. 3 Nr. 2 NJAVO)

RECHTSTHEORIE

Allgemeine Rechtslehre

- Begriff und Geltung des Rechts; juristischer Positivismus (Ausprägungen und Hauptrepräsentanten, Problem); Rechtsquellen
- Die Rechtsnorm: Begriff und Arten; Struktur, Normenkollisionen
- Das Rechtssystem: Arten; Einheit; Struktur; Recht und Staat

Theorie der Rechtswissenschaft

- Grundzüge der Geschichte der Rechtswissenschaft; System der juristischen Disziplinen
- Rechtsdogmatik: Begriff; Wissenschaftscharakter; Funktionen

Juristische Methodenlehre

- Geschichte der juristischen Methodenlehre im 19. und 20. Jahrhundert: historische Rechtsschule; Begriffsjurisprudenz; juristischer Methodenstreit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert; Interessen- und Wertungsjurisprudenz; Methoden- und Richtungsstreit in der Weimarer Staatsrechtslehre
- Die Bindung des Richters an Gesetz und Recht: Geschichte des Bindungspostulats; Artikel 20 III GG; Vorrang der Verfassung
- Ziele und Mittel der Gesetzesinterpretation
- Rechtsfortbildung (Lückenfüllung); Präjudizienverwertung
- Prinzipien der Verfassungsinterpretation; Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit

RECHTSPHILOSOPHIE

Geschichte der Rechtsphilosophie

- Griechisch-römische Rechtsphilosophie: insbes. Sophistik; Platon; Aristoteles; die Stoa und ihr Einfluss auf das römische Recht

(Hannover)

- Christlich-mittelalterliche Rechtsphilosophie: insbes. Augustinus; Thomas von Aquin
- Rechtsphilosophie der Neuzeit: insbes. Hobbes; Locke; Rousseau; Kant; Hegel
- Rechtsphilosophie im 20. Jahrhundert: insbes. Neukantianismus; Neuhegelianismus; Rechtsphilosophie im "Dritten Reich"; Naturrechtsrenaissance nach 1945; marxistische Rechtsphilosophie

Hauptprobleme

- Natur- und Vernunftrechtstheorien; Naturrecht und positives Recht; Widerstandsrecht; neuere Theorien der Gerechtigkeit

Rechtstheorie verbunden mit Rechtssoziologie

(§ 17 Abs. 3 Nr. 3 NJAVO)

RECHTSTHEORIE

Allgemeine Rechtslehre

- Begriff und Geltung des Rechts; juristischer Positivismus (Ausprägungen und Hauptrepräsentanten, Probleme); Rechtsquellen
- Die Rechtsnorm: Begriff und Arten; Struktur; Normenkollisionen
- Das Rechtssystem: Arten; Einheit; Struktur; Recht und Staat

Theorie der Rechtswissenschaft

- Grundzüge der Geschichte der Rechtswissenschaft; System der juristischen Disziplinen
- Rechtsdogmatik: Begriff; Wissenschaftscharakter; Funktionen

Juristische Methodenlehre

- Geschichte der juristischen Methodenlehre im 19. und 20. Jahrhundert: historische Rechtsschule; Begriffsjurisprudenz; juristischer Methodenstreit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert; Interessen- und Wertungsjurisprudenz; Methoden- und Richtungsstreit in der Weimarer Staatsrechtslehre
- Die Bindung des Richters an Gesetz und Recht: Geschichte des Bindungspostulats; Artikel 20 III GG; Vorrang der Verfassung
- Ziele und Mittel der Gesetzesinterpretation
- Rechtsfortbildung (Lückenfüllung); Präjudizienverwertung
- Prinzipien der Verfassungsinterpretation; Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit

RECHTSSOZIOLOGIE

Empirische Rechtssoziologie

- Methoden
- ausgewählte Beispiele: Soziologie juristischer Berufe; Soziologie der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung; Bürokratie und Verbände; Effektivitäts- und Implementationsforschung; Wertewandel

Theoretische Rechtssoziologie

- Hauptrepräsentanten: insbes. Eugen Ehrlich; Max Weber; Theodor Geiger; Niklas Luhmann
- Hauptthemen: soziologischer Begriff des Rechts und der Rechtsnorm; Macht und Herrschaft; Legitimität und Funktionen des Rechts; Herrschaftssoziologie; Recht und Ideologie; Recht und Konflikt; Recht und Staat

Rechtstheorie verbunden mit Rechtsinformatik

(§ 17 Abs. 3 Nr. 4 NJAVO)

RECHTSTHEORIE

Allgemeine Rechtslehre

- Begriff und Geltung des Rechts; juristischer Positivismus (Ausprägungen und Hauptrepräsentanten, Problem); Rechtsquellen
- Die Rechtsnorm: Begriff und Arten; Struktur, Normenkollisionen
- Das Rechtssystem: Arten; Einheit; Struktur; Recht und Staat

Theorie der Rechtswissenschaft

- Grundzüge der Geschichte der Rechtswissenschaft; System der juristischen Disziplinen
- Rechtsdogmatik: Begriff; Wissenschaftscharakter; Funktionen

Juristische Methodenlehre

- Geschichte der juristischen Methodenlehre im 19. und 20. Jahrhundert: historische Rechtsschule; Begriffsjurisprudenz; juristischer Methodenstreit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert; Interessen- und Wertungsjurisprudenz; Methoden- und Richtungsstreit in der Weimarer Staatsrechtslehre
- Die Bindung des Richters an Gesetz und Recht: Geschichte des Bindungspostulats; Artikel 20 III GG; Vorrang der Verfassung
- Ziele und Mittel der Gesetzesinterpretation
- Rechtsfortbildung (Lückenfüllung); Präjudizienverwertung
- Prinzipien der Verfassungsinterpretation; Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit

RECHTSINFORMATIK

- Theoretische Grundlagen der Rechtsinformatik (Informationsbegriff; Kennzeichen formaler Logik und Semantik; Grundzüge der Entscheidungstheorie)

- Anwendungen der Informationstechnologie als juristisches Hilfsmittel (Datenbank; Expertensystem)
- Auswirkungen der Informationstechnologie auf das Rechtssystem (Rechtsgeschäftslehre und automatisierte Willenserklärung; Beweisrecht und elektronische Dokumente; Datenschutz- und Datensicherungsrecht)

Familien- und Erbrecht einschließlich des dazugehörigen Verfahrensrechts (§ 17 Abs. 3 Nr. 5 NJAVO)

FAMILIENRECHT

In den Prüfungsgegenständen des Pflichtfachs "Bürgerliches Recht" (§ 16 Nr. 1b aa) vertiefte Kenntnisse; darüber hinaus

- Eheschließung (Ehefähigkeit, Eheverbote, Eheschließungsakt, Kategorien fehlerhafter Ehen)
- Name von Ehegatten und Kindern
- Grundzüge der vertraglichen Güterstände
- Folgen der Ehetrennung (Unterhalt, elterliche Sorge, Wohnung)
- Versorgungsausgleich (Bewertung von Versorgungsanwartschaften; Durchführung des Ausgleichs; schuldrechtlicher Versorgungsausgleich)
- Unterhalt im Eltern-Kind-Verhältnis
- Annahme als Kind (Voraussetzungen der Adoption; vormundschaftsgerichtliches Verfahren; Wirkung der Adoption)
- Grundzüge der Pflegschaft
- Nichteheleiche Lebensgemeinschaft (rechtliche Behandlung bestehender Gemeinschaften sowie Auseinandersetzungsprobleme bei Trennung)

ERBRECHT

In den Prüfungsgegenständen des Pflichtfachs "Bürgerliches Recht" (§ 16 Nr. 1 b aa) vertiefte Kenntnisse; insbesondere und darüber hinaus

- gemeinsames Testament von Ehegatten
- Vor- und Nacherbschaft
- Vermächtnis
- Erbengemeinschaft
- Erbverzicht
- Testamentsvollstreckung
- Verfügungen zu Lebzeiten auf den Todesfall

(Hannover)

VERFAHRENSRECHT

- Familiengericht (Scheidungsverfahren und sonstige Ehesachen, einstweilige Anordnungen in Ehesachen, selbständige Familiensachen, Rechtsmittel)
- Vormundschaftsgericht und Vormundschaftssachen
- Nachlassgericht (Nachlass- und Teilungssachen einschließlich Erbscheinsverfahren)

Handelsrecht, Gesellschaftsrecht (einschl. Konzernrecht) und Bankrecht (§ 17 Abs. 3 Nr. 6 NJAVO)

HANDELSRECHT

Im Handelsrecht (§ 16 Nr. 1 b bb) vertiefte Kenntnisse;
ferner

- Handlungsgehilfe
- Handelsvertreter, Eigenhändler, Franchising, Handelsmakler
- Kommissionsgeschäft
- Grundzüge des Speditions- und Frachtrechts des Straßentransports
- Kontokorrent

GESELLSCHAFTSRECHT

a. Personalgesellschaftsrecht

- Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
- Offene Handelsgesellschaft
- Kommanditgesellschaft
- GmbH & Co. KG
- Begriff der Stillen Gesellschaft, der Unterbeteiligung und der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung

b. Kapitalgesellschaftsrecht

(1) aus dem Aktienrecht

- Grundzüge der Organisation der Aktiengesellschaften (Organe und Kompetenzen)
- Überblick über die gesetzlichen Formen der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer

(Hannover)

(2) aus dem Recht der GmbH

- Gründung, Vorgesellschaft, Organe, Kapitalschutz, Besonderheiten der Einpersonen-GmbH

KONZERNRECHT

- Gegenstand und Aufgaben des Konzernrechts
- Konzernrechtliche Grundbegriffe
- Vertragskonzern und faktischer Konzern im Aktienrecht
- Grundzüge des GmbH-Konzernrechts einschließlich des qualifizierten faktischen Konzerns

BANKRECHT

a. Bankenprivatrecht

- Arten der Wertpapiere; Grundzüge des Wechsel- und Scheckrechts einschließlich der Zahlung mit Scheckkarte
- Girovertrag
- Recht des Zahlungsverkehrs
- Kreditkarte
- Akkreditiv

b. Bankenorganisationsrecht

- Aufgaben und Stellung der Deutschen Bundesbank
- Bankenaufsicht

Wettbewerbs- und Kartellrecht sowie gewerblicher Rechtsschutz (§ 17 Abs. 3 Nr. 7 NJAVO)

DEUTSCHES KARTELLRECHT

- Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und ihre Legalisierung
 - abgestimmtes Verhalten
 - zugehörige Sanktionen
- vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
- Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen
- Boykott und Diskriminierung
- Fusionskontrolle
- Kartellbehörden
- Ausgenommen ist das Vergaberecht

GRUNDZÜGE DES EUROPÄISCHEN KARTELLRECHTS

- Verhältnis zum nationalen Recht
- Artikel 85, 86 EGV
- Fusionskontrollverordnung

RECHT GEGEN UNLAUTEREN WETTBEWERB (UWG) UND MARKENSCHUTZ- RECHT

- § 1
- irreführende Angaben
- Kennzeichenschutz (Unternehmenskennzeichen, Marken)
- Schutz von Geschäftsgeheimnissen
- Überblick über das Verfahren

GRUNDZÜGE DES PATENT- UND URHEBERRECHTS; ÜBERBLICK ÜBER DIE GEWERBLICHEN SONDERSCHUTZRECHTE (GESCHMACKSMUSTER, GE- BRAUCHSMUSTER)

(Hannover)

Arbeitsrecht sowie das arbeitsgerichtliche Verfahren im Überblick (§ 17 Abs. 3 Nr. 8 NJAVO)

VERTIEFTE KENNTNISSE IM PFLICHTFACH

- Inhalt, Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Leistungsstörungen und Haftung im Arbeitsverhältnis

GRUNDZÜGE DES ARBEITSSCHUTZRECHTS

- Arbeitszeit
- Mutterschutz
- Jugendliche
- Schwerbehinderte

KOALITIONS- UND TARIFVERTRAGSRECHT

- Koalition, Koalitionsfreiheit
- Tarifvertragsrecht
- Arbeitskampfrecht

MITBESTIMMUNGSRECHT

- Geschichte der Mitbestimmung
- Stand der gesellschafts- und rechtspolitischen Diskussion
- Montanmitbestimmung
- Mitbestimmungsgesetz vom 04.05.1976
- Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952

BETRIEBSVERFASSUNGSRECHT

- Grundlagen und Geschichte
- Stellung der Koalitionen in der Betriebsverfassung
- Begriffe des Arbeitnehmers und des leitenden Angestellten
- Tendenzbetrieb
- Organisation der Betriebsverfassung (Wahlen, Zusammensetzung, Amtszeit und Geschäftsführung des Betriebsrates, Grundzüge der anderen Vertretungen der Arbeitnehmer, persönliche Rechtsstellung des Amtsinhabers bzw. Wahlbewerbers)
- Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates (allgemeine Grundsätze, Betriebsvereinbarung, Einigungsstelle, Stellung des Betriebsrates im Hinblick auf Ansprüche des einzelnen Arbeitnehmers, Mitwirkung bei sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten)
- Grundzüge des Sprecherausschussgesetzes

PERSONALVERTRETUNGSRECHT

- Rechtsquellen
- grundlegende Abweichungen vom Betriebsverfassungsrecht

DAS ARBEITSGERICHTLICHE VERFAHREN IM ÜBERBLICK

- Gerichtsaufbau und Instanzenzug
- Besonderheiten des Urteilsverfahrens: Gütetermin, Beschleunigungsgrundsatz, prozessuale Probleme der Kündigungsschutzklage und der Lohnklage
- Besonderheiten des Beschlussverfahrens: Antrag, Beteiligtenstellung und notwendige Beteiligung, Untersuchungsgrundsatz, Beschluss

Internationales Privat- und Prozessrecht sowie Rechtsvergleichung (§ 17 Abs. 3 Nr. 9 NJAVO)

INTERNATIONALES PRIVATRECHT

Allgemeine Lehren

- Kollisionsnormen
- Anknüpfungen
- Qualifikationen
- Vorfrage
- Rück- und Weiterverweisung
- Angleichung
- Vorrang der Staatsverträge

Grenzen der Anwendung ausländischen Rechts

- ordre public
- Geltung der Grundrechte im IPR

Einzelanknüpfungen

- Internationales Vertragsrecht
- Internationales Deliktsrecht
- Internationales Sachenrecht (Übereignung beweglicher und unbeweglicher Sachen)
- Internationales Familien- und Erbrecht (Eheschließung, Scheidung, Adoption, Legitimation, Abstammung, Unterhalt, gesetzliche Erbfolge, Verfügung von Todes wegen, Erbschein)

INTERNATIONALES PROZESSRECHT

Internationale Zuständigkeit

Ermittlung ausländischen Rechts

Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen

(Hannover)

RECHTSVERGLEICHUNG

Methoden, Aufgaben, Ziele und Geschichte der Rechtsvergleichung

Überblick über die Rechtskreise

Vertragsschluss und Vertragsverletzung im englischen und französischen Recht (auf Wunsch zusätzlich auch US-amerikanisches Recht)

- contracts (capacity, offer, acceptance, consideration, performance, breach of contract, frustration, contracts under seal and statute of frauds)
- contrat (capacité, offre, acceptation, exécution, inexécution)

Unerlaubte Handlungen und objektive Haftung

- torts (intentional torts, negligence, strict liability, causation, foreseeability, damages)
- délit (intention, négligence, causalité, dommage, fait de la chose)

Besondere Gebiete des englischen und französischen Rechts

- trusts
- Sachenrecht (Eigentumsübergang, Konsensprinzip, Mobiliarsicherungsrecht)
- auf Wunsch zusätzlich auch Grundzüge des englischen und französischen Familienrechts und Grundmodelle der Rechtsnachfolge von Todes wegen

Zivilprozessrecht und Insolvenzrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 10 NJAVO)

1. Erkenntnisverfahren

- Gang des erstinstanzlichen Normalverfahrens
- Verfahrensgrundsätze
- Gericht, Parteien und Vertreter
- Sachurteilsvoraussetzungen
- Streitgegenstand
- Beweisverfahren, Beweislast
- Urteilsarten und Urteilswirkungen
- Versäumnisverfahren
- Mahnverfahren
- Berufung, Revision, Beschwerde
- Arrest und einstweilige Verfügung

2. Gerichtsverfassungsrecht

- Gerichtsaufbau und Instanzenzug
- gesetzlicher Richter, Befangenheit
- richterliche Unabhängigkeit

3. Internationale Zuständigkeit und Anerkennung ausländischer Entscheidungen nach EuGVÜ

4. Einzelzwangsvollstreckung

- Vollstreckungsvoraussetzungen
- Vollstreckungsorgane
- Vollstreckungsarten
 - wegen Geldforderungen:
 - Pfändung und ihre Wirkungen
 - Pfändung beweglicher Sachen
 - Pfändung in Forderungen und andere Rechte

Vollstreckung in ein Grundstück durch Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Zwangshypothek (ohne Einzelheiten des Verfahrens)

- Zwangsvollstreckung wegen anderer als Geldforderungen
- Vollstreckungsschutz bei Pfändung beweglicher Sachen und bei Forderungspfändung, § 765 a ZPO
- Rechtsbehelfe: Erinnerung, sofortige Beschwerde, Vollstreckungsabwehrklage, Drittwiderspruchsklage

5. Insolvenzrecht

- Zwecke und Maximen des Insolvenzverfahrens
- Insolvenzeröffnung: Verfahren, Voraussetzungen, Wirkungen
- Insolvenzverwalter und Gemeinschuldner
- Insolvenzverwertung

- Rechtsstellung der Insolvenz- und Massegläubiger
- Sonderstellung der Arbeitnehmer
- Aussonderung, Absonderung, Insolvenzanfechtung
- Abwicklung gegenseitiger Verträge
- Verfahrensende und Restschuldbefreiung
- Grundzüge des Insolvenzplanverfahrens

- Eigenverwaltung
- Verbraucherinsolvenz.

Einkommensteuerrecht einschließlich des dazugehörigen Verfahrensrechts (§ 17 Abs. 3 Nr. 11 NJAVO)

EINKOMMENSTEUERRECHT

Aus dem Einkommensteuerrecht

- Einkünfte und Einkommen
- Dualismus der Ermittlung der Einkünfte/(Gewinn-/Überschusseinkünfte)
- Zurechnung der Einkünfte/Erzielung und Verwendung des Einkommens
- Allgemeines Bilanzsteuerrecht (einkommensteuerliche Gewinnermittlung) mit Grundzügen des Handelsbilanzrechts (§§ 238 ff. HGB); Arten der Gewinnermittlung, Wirtschaftsgut/Zurechnung, Betriebsvermögen, Aktivierung und Passivierung, Bewertung, Gewinnrealisierung, Buchwertfortführung bei Umwandlung/Umgründung/Einbringung, Erbfolge
- Einkommenbesteuerung der Mitunternehmer: Mitunternehmerschaft, Gewinn und Gewinnanteil, Sondervergütungen, Sonderbetriebsvermögen, Sonderbetriebsergebnisse der Gesellschafter, Rechtsgeschäfte zwischen Gesellschaftern/Gesellschaft; Besonderheiten bei GmbH & Co. KG und GmbH & Stille; Betriebsaufspaltung
- Überschusseinkünfte
- unbeschränkte/beschränkte Einkommensteuerpflicht

ABGABENORDNUNG/FINANZGERICHTSORDNUNG

- Veranlagung zur Einkommensteuer
- Steuerverwaltungsakte
- Haftung
- Rechtsbehelfsverfahren
- gerichtlicher Rechtsschutz nach der FGO

Kriminologie und Strafvollzug

(§ 17 Abs. 3 Nr. 12 NJAVO)

KRIMINOLOGIE

Verbrechen, Verbrecher und soziale Kontrolle als zentrale Begriffe der Kriminologie, insbesondere

- Kriminalpolitische Aspekte des Verbrechensbegriffs
- Merkmale und Sozialdaten registrierter Straftäter
- System, Träger und Strategien der strafrechtlichen Sozialkontrollen einschließlich der Opferaspekte

Grundlagen empirisch- kriminologischer Forschungsmethoden

Grundzüge der Kriminalitätstheorien in Geschichte und Gegenwart

Kriminalstatistiken und Dunkelfeldforschung

Methoden, Probleme und Ergebnisse kriminologischer Prognoseforschung

Kriminologische Aspekte des Strafverfahrens und strafrechtlicher Sanktionen, z. B.

- spezial- und generalpräventive Effektivität von Strafen und Maßregeln
- praktische Probleme bei ihrer Anwendung

Zentrale Fragen der forensischen Psychiatrie und Psychologie, insbesondere Probleme der Schuldfähigkeit

STRAFVOLLZUG

Geschichte und Reformbemühungen unter Berücksichtigung ausländischer Anregungen und Erfahrungen

- Vollzugsziele
- Allgemeine Vollzugsgrundsätze
- Vollzugswirklichkeit

Besondere Maßnahmen zur Verwirklichung der Vollzugsziele und -grundsätze, insbesondere

- offener Vollzug
- Vollzugslockerungen
- Arbeit und Ausbildung
- spezielle therapeutische Versuche

Rechtsstellung der Strafgefangenen anhand des Strafvollzugsgesetzes einschließlich der Grundrechtsbeschränkungen, Rechtsweg, Rechtsbehelfe und Vollstreckungsgericht

Kriminologie und Jugendstrafrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 13 NJAVO)

KRIMINOLOGIE

Verbrechen, Verbrecher und soziale Kontrolle als zentrale Begriffe der Kriminologie, insbesondere

- Kriminalpolitische Aspekte des Verbrechensbegriffs
- Merkmale und Sozialdaten registrierter Straftäter
- System, Träger und Strategien der strafrechtlichen Sozialkontrollen einschließlich der Opferaspekte

Grundlagen empirisch- kriminologischer Forschungsmethoden

Grundzüge der Kriminalitätstheorien in Geschichte und Gegenwart

Kriminalstatistiken und Dunkelfeldforschung

Methoden, Probleme und Ergebnisse kriminologischer Prognoseforschung

Kriminologische Aspekte des Strafverfahrens und strafrechtlicher Sanktionen, z. B.

- spezial- und generalpräventive Effektivität von Strafen und Maßregeln
- praktische Probleme bei ihrer Anwendung

Zentrale Fragen der forensischen Psychiatrie und Psychologie, insbesondere Probleme der Schuldfähigkeit

JUGENDSTRAFRECHT

Gründe für eine Verselbstständigung des Jugendstrafrechts und Besonderheiten für Jugendkriminalität

Alters- und Reifestufen, Probleme der §§ 3, 105 JGG

Rechtsfolgen des Jugendstrafrechts

Diversion, Täter-Opfer-Ausgleich

Jugendstrafverfahrensrecht

- Grundzüge der Jugendgerichtsverfassung
- wichtigste Sonderregelungen für das Jugendstrafverfahren und deren Gründe, Jugendgerichtshilfe; Mitwirkung der Erziehungsberechtigten; Besonderheiten der Hauptverhandlung und der Rechtsmittel; Einschränkungen des Legalitätsprinzips; Grundzüge der Vollstreckung und des Vollzugs jugendstrafrechtlicher Rechtsfolgen

Verwaltungslehre, Recht des öffentlichen Dienstes und Wirtschaftsverwaltungsrecht (§ 17 Abs. 3 Nr. 14 NJAVO)

VERWALTUNGSLEHRE

Entstehung moderner öffentlicher Verwaltungen

Entwicklung und Methoden der Verwaltungslehre

Entscheiden, Planen, Kontrollieren in der öffentlichen Verwaltung (einschließlich
Implementationsforschung)

Verwaltungsorganisation (Aufbau und Ablauf), Organisationstheorie

Personalwesen

RECHT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Verfassungsgrundlagen

Arten der Dienstverhältnisse im öffentlichen Dienst

Beamtenverhältnis

- Begriff, Arten, Laufbahnen, Begründung, Änderung, Beendigung, Zugang zu öffentlichen Ämtern nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung; Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter
- Rechte und Pflichten des Beamten einschließlich Durchsetzung und Rechtsschutz
- Grundbegriffe des Disziplinarrechts
- Recht der Angestellten des öffentlichen Dienstes
- Reformbestrebungen

WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT

Verfassungsgrundlagen

- die Frage der Wirtschaftsverfassung
- Grundrechte
- Kompetenzen des Bundes, der Länder und der Europäischen Gemeinschaften
- Globalsteuerung der Wirtschaft
- Rechtsstellung und Aufgaben der Bundesbank

(Hannover)

Organisation der Wirtschaftsverwaltung, insbesondere

- staatliche Wirtschaftsverwaltung
- Selbstverwaltung
- Verbände

Wirtschaftslenkung, Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsaufsicht

Aus dem Gewerbe-, Handwerks-, Gaststätten- und Immissionsschutzgesetz

- Gewerbefreiheit
- Anzeige- und Genehmigungspflichten
- Gewerbeuntersagung
- Anlagenehmigung und -überwachung nach dem BImSchG

**Allgemeine Lehren des Rechts der sozialen Sicherung,
Recht der Sozialversicherung und der Arbeitsförderung,
Sozialhilferecht sowie das sozialgerichtliche Verfahren
im Überblick
(§ 17 Abs. 3 Nr. 15 NJAVO)**

**INSTITUTIONSGESCHICHTE DES DEUTSCHEN SOZIALSTAATS SEIT DER
BISMARCK-ÄRA**

RECHTSQUELLEN UND AUFBAU DER VERSICHERUNGSGESETZE

DOGMATISCHE GRUNDBEGRIFFE

- Vorsorge (Sozialversicherung, Beamtenversorgung)
- Soziale Entschädigung, Ausgleich; Arten von Unfallschadensausgleich

LEITPRINZIPIEN SOZIALER SICHERUNGSVERHÄLTNISSE, INSBESONDERE

- Lohn- und Unterhaltersatz der Sozialversicherung, Ersatz nicht vermögensmäßiger Schäden
- Versicherungsfall/Bedürftigkeit; Versicherungsanwartschaft
- Finanzierungssysteme, insbesondere Umlage-Generationenvertrag; Anwartschaftsdeckung
- Versicherungsmäßige Individualäquivalenz/Sozialausgleich
- Leistungspflicht und Verschulden des Gesicherten
- Besonderes Beweisrecht

VERFASSUNGSGRUNDLAGEN DER SOZIALORDNUNG

- grundrechtliche Grenzen des Vorsorgezwangs in Zwangsversicherungsverbänden, Renteneigentum und Vertrauensschutz
- Gleichbehandlung der Geschlechter, Familienschutz
- Modalitäten der Vertragsarztzulassung
- Vorrang der freien Wohlfahrtspflege
- Arbeitskampf-Neutralität des Staates

SOZIALVERSICHERUNG

Allgemeine Lehren über die Sozialversicherung als Verwaltungsinstitution

- Grundlinien der Geschichte der Sozialversicherungsgesetzgebung in Deutschland; neue Tendenzen, insbes. Pflegeversicherung
- Verfassungsgrundlagen
- Arten der Rechtsquellen (SGB-Anlage), Rechtsweg zu den Sozialgerichten
- Institutionen der gegliederten Sozialversicherung, Grundmerkmale sozialer Selbstverwaltung nach SGB IV
- Gestaltungsprinzipien der materiellen Sozialversicherungs-Verhältnisse ("Versicherungsfälle", Lohn-/Unterhaltersatz, Anwartschaft; Kumulierung von Renten und Ergänzung durch Betriebsrenten; Gleichbehandlung der Geschlechter; Arbeitskampf-Neutralität; Versicherung und Sozialausgleich)
- Zweige gegliederter Sozialversicherung, Träger und soziale Selbstverwaltung: Grundbegriffe, Funktionen und Gestaltungsprinzipien nach SGB IV, Frage der verfassungsrechtlichen Garantie
- Typologie der Leistungen der Sozialversicherungsträger
- Sozialverwaltungsverfahren im SGB X: Bestandskraft von Rentenbescheiden, Sozialdatenschutz

Die klassischen Zweige der Sozialversicherung

- Grundzüge der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung (Personenkreis-, Beitrags-, Versicherungsfall- und sonstiges Leistungsrecht) nach RVO, AVG, einschl. Haftungsregress § 116 SGB X, insbesondere:
- aus der Krankenversicherung: Naturalleistungsprinzip (§ 73 SGB V.), Vertragsarzt-system (§§ 72 ff., 77 ff., 95 ff. SGB V i. V. m. ZulassungsVOen) als Modell zur Steuerung der Leistungserbringung einschl. Wesen und Aufgaben der konzertierten Aktion (§§ 141, 142 SGB V)
- aus der Unfallversicherung: echte/unechte Unfallversicherung, Versicherungsfallehre/Arbeitsunfall und Berufskrankheit (insbesondere Lehre von wesentlicher Kausalität), Strukturen des Unternehmerbeitrags an die Berufsgenossenschaft, Gemeinlastausgleich; Haftungsprivilegien in der Unfallversicherung §§ 636 ff. RVO

(Hannover)

- aus der Rentenversicherung: Erwerbsunfähigkeit/Berufsunfähigkeit, Altersgrenzen, Hinterbliebenenversorgung, "Scheidungsversorgung" (Versorgungsausgleich); Rentenformel, Rentendynamik und Einbettung der Rentenversicherung in das Drei-Säulen-Gebäude sozialer Alterssicherung (einschl. Grundprinzipien des BetrAVG ohne Steuerrecht, Eigenart der Individualvorsorge durch Lebensversicherungsvertrag)

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG UND ARBEITSFÖRDERUNG

- Hauptaufgaben und Handlungsformen der Bundesanstalt für Arbeit

MODELLANSÄTZE FÜR EINE SOZIALE PFLEGEVERSICHERUNG

SOZIALHILFE (BSHG)

- Hilfeansprüche-Systematik; Regress; Grundsätze der Sozialhilfe

AUS DER SOZIALGERICHTSBARKEIT

- Grundzüge des Aufbaus der Sozialgerichtsbarkeit
- wesentliche Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens

Europäisches Wirtschaftsrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 16 NJAVO)

- Der freie Warenverkehr (Zollfreiheit, mengenmäßige Beschränkung und Maßnahmen gleicher Wirkung, staatliche Handelsmonopole)
- Landwirtschaft (gemeinsame Agrarpolitik, Mittel und Instrumente zur Erreichung der gemeinsamen Agrarpolitik)
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Freizügigkeit, soziale Sicherheit)
- Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr (insbesondere freie Berufe, Versicherungen und Banken)
- Freiheit des Kapitalverkehrs (Grundzüge)
- Freiheit des Zahlungsverkehrs als Annexfreiheit
- Grundzüge des EG-Wettbewerbsrechts (Verbot wettbewerbsbeeinträchtigender Maßnahmen, Verbotsfolgen, Nichtanwendbarkeitserklärungen; Missbrauch marktbeherrschender Stellungen; Zuständigkeiten; Verhältnis zwischen gemeinschaftlichem und nationalem Wettbewerbsrecht, staatliche Einwirkungen auf den Wettbewerb)
- EG-Subventionsrecht (Verbot staatlicher Beihilfen/erlaubte staatliche Beihilfen)
- Die Wirtschaftspolitik (allgemeine Wirtschaftspolitik; Konjunkturpolitik; Zahlungsbilanz und Währungspolitik; Handelspolitik; Industriepolitik)
- Die Rechtsangleichung (Mittel und Methoden der Rechtsangleichung)
- Die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften (Völkerrechtsfähigkeit; Kompetenzen; Organzuständigkeit; Assoziierung und materielles Außenwirtschaftsrecht)
- Verkehrs- und Energiepolitik

Allgemeine Staatslehre und politische Systemanalyse (§ 17 Abs. 3 Nr. 17 NJAVO)

Zum Verhältnis von Staatslehre und Staatswissenschaften: die Lehre vom "arbeitenden Staat"

"Staat und Gesellschaft" als Problem deutscher Welt- und Staatsanschauung, der sogen. deutsche "Sonderweg"

"Politische Beteiligung" - Was ist das?
Historisch - systematisch - normativ

Zum Begriff der Demokratie nach dem Bonner Grundgesetz

Funktionenzuordnung und Gewaltenteilung: Normative und "politologische" Gewaltenteilung

Das Wahlrechtssystem und die Realität politischer Wahlen - zur Rolle und Bedeutung "symbolischer Politik"

Parteien als "Transmissionsriemen" der politischen Willensbildung und das Problem der innerparteilichen Demokratie

Sozialstruktur und Repräsentations"struktur": Asymmetrien und Ungleichgewichtsverteilung

Verbändestaat, Lobbyismus und "neuer" Korporatismus

Parlamentarisches Regierungssystem und "Kanzlerdemokratie"

Zum Funktionswandel der Ministerialbürokratie im Interventionsstaat: Planung im Regierungsbereich

Bund und Länder im "kooperativen Föderalismus": Politikerverflechtung, Dritte Ebene und "gemischte" Politik

Bürgerinitiativen und Protestpotentiale im vorparlamentarischen Raum: Demokratie als "work in progress"

(Hannover)

Medienkonzentration und das Problem "hergestellter Öffentlichkeit"

Politik als Recht - Recht als Politik: Zu Status und Funktion des Bundesverfassungsgerichts als "Hüter der Verfassung"

Zentralbankgeld als Mittel der Politiksteuerung und die Rolle der Deutschen Bundesbank als "Hüter der Geldwertstabilität"

Kondominiale Herrschaftsstruktur - Gewaltenteilung - Pluralismus

Stabilitäts- und Instabilitätsbedingungen divergierender staatlicher Vergesellschaftungsformen: die Bundesrepublik Deutschland und die DDR im Systemvergleich

Vergleichendes Verfassungsrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 18 NJAVO)

Hier geht es um die Grundlagen des modernen Verfassungsstaats im internationalen und interterritorialen horizontalen Rechtsvergleich moderner Verfassungsstaaten westlicher Prägung. Dabei geht es einmal um

- die verschiedenen Grundrechtssysteme
- die verschiedenen Rechtsschutzmöglichkeiten bzw. Verfassungsgerichtsbarkeiten

Hinsichtlich der Staatsorganisation geht es bei nicht ganz randscharfer Abgrenzung gegenüber den Wahlfachgruppen Nr. 1 und 17 im wesentlichen um einen Vergleich fundamentaler Staatsstrukturen bzw. -prinzipien:

- Demokratie (Wahlen, Parteien(-staat), plebiszitäre Elemente)
- Rechtsstaatlichkeit (Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeitsprinzip)
- Staatsleitung (Premierminister-, Präsidialsystem)
- Föderalismus/Regionalismus (Senats-, Bundesratssystem u. a.)
- Sozialstaatlichkeit

Kommunalrecht, öffentliches Sachenrecht und mittelbare Staatsverwaltung (§ 17 Abs. 3 Nr. 19 NJAVO)

KOMMUNALRECHT

Europarechtliche Vorgaben

Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung

- Kommunen als Gebietskörperschaften; Einwohner und Bürger
- Aufgaben der Kommunen, Modus der Aufgabenwahrnehmung
- Kommunalverbände

Die Staatsaufsicht über die Kommunen

Rechtsschutz für Kommunen, insbesondere Kommunalverfassungsbeschwerde

KOMMUNALVERFASSUNGSRECHT

- Die kommunale Volksvertretung: Kommunalwahlrecht
- Der Hauptverwaltungsbeamte
- Weitere Kommunalverfassungsorgane
- Das Kommunalverfassungsstreitverfahren
- Die Binnengliederung von Gemeinden

KOMMUNALVERWALTUNGSRECHT

- Normsetzung in der Verwaltung: Satzungsrecht
- Öffentliche Einrichtungen; Organisationsform, Benutzungsverhältnisse, Anschluss- und Benutzungszwang
- Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen; Zulässigkeit, Organisationsform, Rechtsschutz
- Kommunalabgabenrecht; Steuern, Gebühren, Beiträge; Kompetenzen, Bemessungsprinzipien

ÖFFENTLICHES SACHENRECHT

Öffentliches Straßenrecht

- Widmung, Einziehung, Umstufung
- Straßenbau und -unterhaltung
- Straßenplanung; vorbereitende Planung, Planfeststellung, sonstige Formen
- Benutzung öffentlicher Straßen; Verhältnis zum Straßenverkehrsrecht

Öffentliches Anstaltsrecht

- Einrichtung, Einziehung
- Organisationsformen
- Benutzung öffentlicher Anstalten; Rechtsformen, Benutzungsanspruch, Benutzungszwang

Öffentliche Stiftungen

MITTELBARE STAATSVRWALTUNG (NEBEN KOMMUNEN)

Grundzüge der funktionalen Selbstverwaltung

(Hannover)

Umwelt- und Energierecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 20 NJAVO)

UMWELTRECHT

ALLGEMEINER TEIL

- Ziele und Grundsätze des Umweltschutzes
- Umweltverfassungsrecht: Kompetenzen, Umweltschutz als Staatsaufgabe, Grundrechtsschutz (Art. 2, 3, 12, 14 GG)
- Umweltverwaltungsrecht: Instrumente des Umweltschutzes, Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltinformationen und Verfahrensöffentlichkeit
- Internationales Umweltrecht: Quellen des Völkerrechts und des Europäischen Gemeinschaftsrechts für den Umweltschutz in Deutschland
- Planfeststellungsrecht

BESONDERER TEIL

- Öffentliches Immissionsschutzrecht: Anlagengenehmigung, Aufsicht und nachträgliche Maßnahmen
- Bodenrecht
- Öffentliches Wasserrecht: Regelungssystem, Nutzung und Schutz oberirdischer Gewässer und des Grundwassers
- Abfallrecht: Abfallbegriff, Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen
- Umweltschutz in der Gesamtplanung (insbesondere Bauleitplanung): Abwägungsgebot
- Umweltschutz in der Fachplanung am Beispiel der Straßenplanung: Abwägungsgebot
- Naturschutz und Landschaftspflegerecht: Ziele und Grundsätze, Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, Biotopschutz

ENERGIERECHT

- öffentliche, gemischtwirtschaftliche und private Energieversorgungsunternehmen
- Organisation der EVU, Benutzungsverhältnisse, Konzessionsrecht
- Aufsicht über die Versorgungswirtschaft
 - Energierechtliche Aufsicht
 - Vertragsaufsicht
 - Kartellaufsicht

Finanzverfassung und öffentliches Abgabenrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 21 NJAVO)

FINANZVERFASSUNG

- Ausgabenverantwortung im Bundesstaat
- Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden, Grundzüge des Finanzausgleichs
- Staatsverschuldung
- Steuergesetzgebung
- Steuerverwaltung
- Begriff und Funktion des Staatshaushalts
- Haushaltspolitische Willensbildung im Bund
- Bundesstaatliche Haushaltsgrundsätze

ÖFFENTLICHES ABGABENRECHT

Allgemeines Abgabenrecht

- Steuerbegriff
- Gebühren und Beiträge
- Sonderabgaben
- Umweltsteuern

Grundzüge der wichtigsten Steuern

- Einkommensteuer
 - Einkunftsarten und Einkommen
 - Dualismus der Einkünfteermittlung
 - Zurechnung der Einkünfte
 - Sonderausgaben
 - Berücksichtigung von Kindern
- Körperschaftssteuer
 - Dualismus Einkommensteuer/Körperschaftsteuer und die Steuersubjekte

(Hannover)

- Organschaft
- Halbeinkünfteverfahren
- Gewerbesteuer
 - Gewerbeertrag
 - Gewerbekapital
- Umsatzsteuer
 - Steuerschuld und Steuerschuldner
 - Eigenverbrauch
 - Einfuhrumsatzsteuer
 - Vorsteuerabzug

Aus dem allgemeinen Steuerschuldrecht

- Haftung
- Erlöschen von Steueransprüchen

Aus dem Steuerverfahrensrecht

- Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen
- Allgemeine Grundsätze des Steuerermittlungsverfahrens
- Begriff und Arten von Steuerbescheiden
- Bestandskraft von Steuerbescheiden

Völkerrecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 22 NJAVO)

ALLGEMEINES VÖLKERRECHT

- Geltungsbereich und Quellen des Völkerrechts
- Subjekte des Völkerrechts
- Identität und Kontinuität der Subjekte, insbesondere der Staaten, Staatensukzession
- völkerrechtlicher Verkehr: Diplomatenrecht
- Raum im Völkerrecht: Staatsgebiet; Internationale Gewässer; Luftraum und Welt-
raum
- völkerrechtliches Vertragsrecht
- völkerrechtliche Verantwortlichkeit
- völkerrechtliche Sicherung der Menschenrechte und Fremdenrecht
- Streitbeilegung und internationale Gerichtsbarkeit
- Gewaltverbot und Friedenssicherung
- Humanitäres Völkerrecht

RECHT DER INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

- Aufbau und Funktion internationaler Organisationen
- Recht der Vereinten Nationen

INTERNATIONALES WIRTSCHAFTSRECHT

- Grundzüge der internationalen Wirtschaftsordnung
- Rechtsquellen des internationalen Wirtschaftsrechts, insbesondere das Allgemeine
Zoll- und Handelsabkommen: Anwendungsbereich, Grundprinzipien

Europarecht

(§ 17 Abs. 3 Nr. 23 NJAVO)

Im Europarecht (§ 16 Nr. 3 d, aa) vertiefte Kenntnisse

EUROPARAT

- Organe
- Europäische Menschenrechtskonvention

EUROPÄISCHE UNION

- Grundlagen (primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht, Vertrag über die Europäische Union; nationale Verfassungsgrundlagen; Rechtsstellung der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union)
- Organisation und Handlungsformen der Gemeinschaftsorgane und Organe der Europäischen Union
- Rechtsstellung der Gemeinschafts-/Unionsbürger (Rechte, insbesondere Grundrechte; Pflichten)
- Rechtsetzung
- Vollziehung
- Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof und nationale Gerichte
- Haftung
- Wirtschaftsrecht der Gemeinschaft (Zollunion, Gemeinsamer Markt, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion)
- Außenbeziehungen
- Gemeinsame Politiken auf der Grundlage des EG-Vertrages (Agrar-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik)
- Rechtsangleichung
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres